



Medienmitteilung

Thema	Burka-Verbot
Für Rückfragen	Martin Wicki, Mobile +41 78 748 79 82
Absender	Grünliberale Partei (glp) Kanton St. Gallen, 9000 St. Gallen Telefon +41 78 748 79 82 eMail info@glp-sg.ch , www.glp-sg.ch
Datum	5. Mai 2010

Vorstand der Grünliberalen Partei (glp) des Kanton St. Gallen ist gegen ein generelles Burka-Verbot

Als erster Kanton in der Schweiz ergreift der Kanton Aargau die Initiative für ein schweizweites Verbot der Burka im öffentlichen Raum. Der glp-Vorstand des Kantons St. Gallen spricht sich gegen ein generelles Verbot aus. Damit stellt er sich hinter den Bundesrat, der Ende Februar klarstellte, dass er kein Verbot der Vollverschleierung will.

Belgien hat letzte Woche ein Gesetz gegen die Vollverschleierung im öffentlichen Raum beschlossen. Anfang Juli diskutiert die französische Nationalversammlung über ein Totalverbot von Kleidung, die das Gesicht von Frauen bis zur Unkenntlichkeit verdeckt. Nun ist die Debatte auch in der hiesigen Politik angekommen.

Die Burka wird bei uns in der Schweiz allgemein als ein Zeichen der Herabsetzung, der Diskriminierung, der Dominanz des Mannes über die Frau und als Identitätsverlust von Frauen gedeutet. Die Burka wird als ein ‚mobiles Gefängnis‘ angesehen. Wer Frauen verhüllt, nimmt ihnen das Gesicht und damit ihre Persönlichkeit. Sie erschwert die Kommunikation und die Integration. Als Grünliberale teilen wir diese Meinung.

Aufgrund sehr weniger Frauen mit Burka drängt sich ein nationales Verbot nicht auf. Wer von uns ist denn schon je im Kanton St. Gallen einer ganzkörperverschleierten Frau begegnet? Ein solches Verbot halten wir für unverhältnismässig.

Wird die Burka verboten, werden diese Frauen zuhause weggeschlossen. Bereits unterdrückte Frauen würden von ihren Männern ihres Selbstbestimmungsrechts beraubt.

Ein paar wenige ganzverschleierte Frauen vermögen unsere schweizerische Identität nicht zu erschüttern.

Die Burka stellt eine Randerscheinung des Islams dar und darf nicht mit dem islamischen Glauben gleichgestellt werden. Mit der derzeit äusserst populistisch geführten Burka-Debatte wird nur die Kluft zwischen Muslimen und Nichtmuslimen vergrössert, indem ungerechtfertigt die Burka zu einem zentralen Symbol des Islams hochstilisiert wird.

Wichtiger als über ein Burka-Verbot zu diskutieren wäre es, sich mit der Immigration grundsätzlich auseinander zu setzen. Wichtige Massnahmen, welche durchgesetzt werden müssen, sind zum Beispiel: obligatorische Sprachkurse, Integrationsvereinbarungen, Auseinandersetzung mit hiesigen gesellschaftlichen Verhältnissen und Lebensbedingungen.

Zudem wäre es sinnvoll, eine öffentliche Debatte darüber zu führen, wie weit die persönliche Freiheit in der Öffentlichkeit geht und wie weit die Religionsfreiheit im Interesse der Allgemeinheit und der öffentlichen Ordnung beschränkt werden darf. Es gibt Bereiche, in welchen ein Vermummungsverbot - somit auch ein Verbot für die Burka - angebracht ist. Es bestehen ausreichend gesetzliche Grundlagen, um, an diesen Orten entsprechende Verbote auszusprechen (Strassenverkehr, auf Ämtern, in Banken, bei öffentlichen Anlässen, in Schulen, usw.)